

Verkehrswende mit vielen Tücken

Zu: „Frankfurt will sich kein 365-Euro-Ticket leisten“ und zu: „Eine Art Bahncard im RMV“, FR-Regional vom 16. u. 15. Februar

Investition in eine wirksame Klimapolitik

Auf die Frage der Linken nach dem alten Wahlversprechen 365-Euro-Ticket antworten die Grünen mit der Gegenfrage, ob die Linken eine Möglichkeit gefunden hätten, Geld zu drucken. Den Grünen ist bekannt, dass Parteien kein Geld drucken, sondern Banken Geld „schöpfen“, indem sie Kredite vergeben und Kommunen kostenlos, in den letzten Jahren sogar mit Gewinn, Kredite von öffentlichen Banken erhalten. Ebenso wissen sie, dass die unaufschiebbar sozialökologische Transformation sehr viel Geld kostet. Mit ihrer polemischen Antwort wird auf den Austausch vernünftiger Argumente verzichtet, Geldmangel wird suggestiv als allgemein bekannt und unhinterfragbar vorausgesetzt, erfolgreich verankert in der „Schuldenbremse“.

Diese Polemik verhindert einen Diskurs darüber, dass es ökonomisch wohl kaum rentablere Investitionen gibt als in wirksame Klimapolitik. Allein schon weil immense Klimafolgeschäden vermieden werden, ist ein Unterlassen real möglichen Klimaschutzes ökonomisch

fahrlässig. Politisch macht ein genereller Finanzierungsvorbehalt aus dem grünen Wahlprogramm augenblicklich ein Märchenbuch und damit einen Offenbarungseid. Vor allem aber ist Paris-kompatibler Klimaschutz rechtlich im Rahmen des jeweiligen CO₂-Restbudgets seit fast einem Jahr Verfassungsnorm. Im Gegensatz zur „Schuldenbremse“, die in Krisenzeiten ausgesetzt werden kann, ist diese Verfassungsnorm Ausdruck der Klimakrise und wiegt viel schwerer als eine Regel, die real mögliche, notwendige Klimaschutzmaßnahmen aus dogmatischen Gründen verhindert und rational nicht zu rechtfertigen ist.

Das 365-Euro-Ticket ist nur ein Beispiel dafür – und keineswegs das wichtigste –, dass die Grünen in der Koalition mit der FDP offenbar nur an einem Ziel mutig und standhaft festhalten: am Regieren. Karl Höhn, Frankfurt

Hoffentlich wird das Geld sinnvoll eingesetzt

Eine gute Nachricht ist, dass der RMV in den nächsten Jahren rund 16 Millionen Euro vom Bundesverkehrsministerium erhalten wird. Ich hoffe, dass die

vielen Teilprojekte, die damit finanziert werden sollen und die alle so schöne englischsprachige Namen haben wie „RMV-In/Out“ oder „RMVgo“ wirklich einen besseren Service bieten als bisher. Denn die jetzige App mit den Fahrplanauskünften ist sehr verbesserungswürdig. Es werden Busverbindungen (z.B. Linie 551) angezeigt, die es laut Haltestellenaustausch gar nicht gibt und die in der Realität nicht fahren. Der Hinweis in der App: „Achtung: Änderung der Fahrplanzzeiten möglich“ ist da eher nicht hilfreich. Bei einigen Linien erfolgt weder Information über Verspätungen noch Ausfälle (die von anderen Mobilitätsanbietern angezeigt werden). Auch Anrufe beim Servicetelefon helfen oft nicht weiter. Die MitarbeiterInnen wissen meist selbst nicht, ob der verspätete Bus noch kommt. Man erhält u.a. die Empfehlung, beim eingesetzten Busunternehmen anzurufen und sich zu beschweren. Da kann man sich nur wundern! Bisher dachte ich, der RMV beauftragt und bezahlt die Unternehmen, da hat doch seine Beschwerde sicher mehr Wirkung als die eines einzelnen Fahrgastes.

Christina Romeis, Bad Vilbel



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20220228

Kinder sind die Zukunft unseres Landes

Zu: „Sparen an der Kitabetreuung“ und „Personalrat kritisiert Rechnungshof“, FR-Regional vom 9. und 26. Februar

Wenn Frankfurt je Kitagruppe 25 statt 20 Kinder betreuen lässt, können 8500 Kinder zusätzlich betreut werden. Wenn die Eltern mehr bezahlen, kann die Stadt sparen. Wenn die Erzieher*innen dann auch noch weniger Gehalt bekommen, erhöhen sich die Einsparungen gewaltig.

So einfach ist die Rechnung des Landesrechnungshofs? Nein, so einfach ist das nicht! Kitas sind keine Aufbewahrungsanstalten, sondern vorschulische Bildungseinrichtungen. Wir vom Elternbund Hessen empfehlen dem Rechnungshof die Lektüre des „Hessischen Bildungs- und Erzie-

hungsplans für Kinder von 0 bis 10“. Da kann er nachlesen, welche vielfältigen, anspruchsvollen Aufgaben Kindertagesstätten haben. Ein Blick auf die Zusammenstellung der Frankfurter Bevölkerung kann ebenfalls helfen, respektvollere Konzepte für unsere Kleinsten zu entwickeln: In dieser Stadt leben Kinder aus vielen Ländern und Kulturen. Sie sind sehr unterschiedlich in ihrer sozialen und emotionalen Entwicklung, beherrschen die deutsche Sprache teilweise nur unzureichend. Sie alle sollten aber im sechsten Lebensjahr den Anschluss an die Grundschule fin-

den. Das stellt hohe Anforderungen an die Erzieher*innen, die nach Meinung des Landesrechnungshofs für ihre herausfordernde Arbeit zu hoch eingruppiert seien. Hat Mann sich da mal gefragt, warum es immer noch einen Erziehermangel gibt?

Bildung ist Menschenrecht! Kinder haben ein Recht auf gleiche Bildungschancen. Die Kindertagesstätten leisten einen enorm wichtigen Beitrag. Und – Kinder sind unsere Zukunft, die Zukunft unseres Landes. Auch der Staat muss investieren.

Birgid Oertel, Elternbund Hessen, Hattersheim

Weiterhin ist ungeklärt, was mit dem Atommüll geschieht

Zu: „Wehrhaft gegen den Müll aus Biblis“, FR-Regional vom 16. Februar

In den 1980er Jahren, als Student der elektrischen Energietechnik an der TU-Darmstadt, hatte ich gemeinsam mit dem späteren Außenminister Joschka Fischer vor dem Atomkraftwerk Biblis gegen dessen Folgen demonstriert, welches ich noch kurz vor der Inbetriebnahme mit einer studentischen Exkursion im Reaktorgebäude besuchen konnte. Schon damals wussten die Betreiber keine Antwort auf die Fragen, was mit dem Atommüll geschieht, der eine Halbwertszeit von mehr als 20000 Jahren aufweist. „In Glas“ wolle man das alles einschmelzen und in Bergwerke verfrachten. Gegenrede war damals nicht zugelassen. Kein Wunder, gab es mit einigen

Energie-Professoren doch potente Fürsprecher. Atomkraftgegner, noch dazu in den eigenen Reihen, wurden in die „linke Ecke“ gestellt. Dieses Brandmal stellte sich bei der späteren Stellensuche als Dipl.-Ing. als schweres Handicap heraus.

Heute freue ich mich einerseits immer noch, recht zu haben, dass überhaupt nichts geklärt ist mit dem Atommüll. Andererseits habe ich Angst, wenn ich sehe, wie die Verantwortlichen in den betreffenden Industrien, in Politik, Parteien und Ministerien mit diesem wichtigen Problem nicht umgehen. Der damalige Betreiber hat sich eine goldene Nase verdient und dafür vom Staat, von uns Steu-

erzahlern, auch noch eine Milliarden-Entschädigung erhalten. Was für eine Farce! Und heute wird man von Großkopferten von B90/Grünen aufgefordert sie zu wählen, damit sie etwas tun können. Aber hallo, aufwachen! Die Partei B90/Grüne ist seit Jahren Mitglied der Landesregierung und in der Verantwortung für die Atomwirtschaft. Und was geschieht seit Jahren? B90-Grünen mischen bei „Lösungen“ und der „Bewirtschaftung“ mit, als gehörten sie einer völlig anderen Partei an mit völlig anderen Idealen. Jetzt wollen sie gar den Atommüll auf die normale Mülldeponie unserer Nachbargemeinde Büttelborn verbringen. B90/Grüne setzen

ihre Politik der Ignoranz fort. Als ich vor Jahren einmal davon sprach, dass es geplant sei, neben dem Atomkraftwerk eine „Garage“ für den Atommüll zu bauen, wurden mir strafbewehrte Konsequenzen angedroht (STGB: üble Nachrede). Heute steht diese Garage und wird gefüllt mit Castoren aus allen möglichen Wiederaufbereitungsanlagen, und die Ministerien von B90/Grüne genehmigen dies auch noch.

Die lange Liste von „Genehmigungen“ durch B90-Grüne ließe sich fortsetzen. Wie heißt es so schön: Politik ist ein schmutziges Geschäft. Das einzig Falsche an dieser Erkenntnis ist der Singular. Karl Bech, Griesheim

Ein Platz zum Verweilen

Zu: „Grüne Plätze braucht die Stadt“, FR-Regional vom 11. Februar

Da staunt der Laie, und auch der Fachmann wundert sich: Der Paul-Arnsberg-Platz, ein versteinerter Zeuge offensichtlicher Fehlplanung, soll endlich zu dem werden, was er bereits im Jahre seines Entstehens 2004 hätte sein können und müssen – eine grüne Lunge für die Menschen. Wenn im Stadtgebiet jemand z.B. ein paar Quadratmeter Garageneinfahrt aus gutem Grund befestigen – Amtsdeutsch: versiegeln – möchte, dann heißt er in vielen Fällen im Genehmigungsverfahren auf Granit.

2004 war der Sommer nicht kühler als in den letzten Jahren. Schon damals wurde der Platz im Sommer tagsüber weitgehend gemieden. Er hat nie zu entspanntem Verweilen eingeladen. Wie schön wäre es gewesen, wenn dies zuvor vom Planer und in den zuständigen Ämtern bedacht worden wäre mit der Konsequenz, diese 3000 qm (!) Betonversiegelung zu vergessen und sogleich eine grüne Lunge anzulegen – trotz eines Teils Tiefgarage drunter! Die Menschen und ihre Bedürfnisse hat man eher nicht im Blick gehabt. Der Platz, der immerhin an einen bedeutenden Bürger dieser Stadt erinnert, ist – mit Verlaub – technisch und ästhetisch inklusive Trompetenbäumen ein Ausbund von Fantasielosigkeit und Hässlichkeit. Nun endlich wird er verschwinden, weil sich die Initiative nicht hat entmutigen lassen. Und wir Steuerzahler werden an der Beseitigung dieser Fehlplanung noch mal mit 1,4 Mio. Euro beteiligt. Man könnte noch einiges mehr dazu und auch zum Rathenau-/Goetheplatz schreiben.

Thilo Krause-Palfner, Frankfurt

Adorno war wohl hilfreich

Merkwürdigkeiten: „Lichtzeichen der Aufklärung“, FR-Region vom 22.2.

Dass das Gedenken an Adorno in Frankfurt eher spröde ist, kann ich durchaus nachvollziehen. Dies hat aber nur wenig mit der Fußgänger-Ampel Senckenberganlage/Dantestr. zu tun. Die Ampel wurde von mir im Jahre 1982 im Ortsbeirat 2 beantragt und einstimmig beschlossen, ohne die Bemühungen Adornos zu kennen. Dies war mein erster Antrag in diesem Gremium, dem ich bis 1989 angehörte. Ich stellte diesen Antrag allein aus Gründen der Verkehrssicherheit für querende Fußgänger. Als eine der Hauptzüge zur Universität war die unmögliche Situation nicht zu übersehen. Es hatte mich überrascht, dass die Ampel bereits nach fünf Jahren in Betrieb ging. Das war sicherlich auch den berechtigten Bemühungen Adornos aus den 60er Jahren geschuldet. Aber ohne meinen Antrag wäre die Ampel (wahrscheinlich) heute noch nicht gebaut.

Henry Sapper, Geiselbachtal